Der Landrat sagte, dass der Antrag bisher nicht begründet worden sei und in diesem Sinne kein Antrag gestellt wurde. Weiter verwies der Landrat auf die Tischvorlage vom heutigen Tage, mit der Akteneinsicht beantragt werde, die unter diesem Tagesordnungspunkt beraten werde. Der Landrat stellte klar, dass dieser Antrag keine Angelegenheit des Kreistages sei und erteilte für die nachzureichende Antragsbegründung dem Abg. Otter das Wort.

Der Abg. Otter erklärte, dass der Antrag auf Akteneinsicht mittlerweile das 3. Mal gestellt worden und diese bisher nicht erteilt worden sei. Seine Fraktion habe das Problem, dass man die Antworten der Verwaltung kausal nicht nachvollziehen könne. So habe die Verwaltung bezüglich der Frage der Umsetzung der Beschulung bei Kindern in Auslandsmaßnahmen mitgeteilt, dass eine Schulpflicht bei diesen Kindern nicht bestehe. In der vergangenen Sitzung des Kreisausschusses wurde jedoch hierzu mitgeteilt, dass das Kreisjugendamt verschiedene Maßnahmen einsetzen würde. Letztendlich stelle sich die Frage, ob bei Auslandsmaßnahmen durch das Kreisjugendamt für Kinder und Jugendliche eine Schulpflicht bestehe.

Nach seiner Rücksprache mit dem Landrat, der die Aussagen des Dezernenten Wagner hinsichtlich der Zuständigkeit der Schulgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen betätigt hätte, habe er mit dem Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW Kontakt aufgenommen. Man habe ihm gegenüber mitgeteilt, dass hierüber eine Einzelfallprüfung erfolgen müsse, die das Ministerium nicht durchführen könne. Ebenso verhalte es sich bei Fragen, die das Jugendhilferecht betreffen.

Weiter sagte der Abg. Otter, dass in seinem Gespräch mit dem Ministerium für Schule und Weiterbildung auch die Frage hinsichtlich der Sicherstellung der Schulpflicht thematisiert worden sei, falls das Jugendamt das Sorgerecht wahrnehme aber davon ausgehe, dass eine Schulpflicht nicht bestehe.

Auch diese Fragestellung sei seines Erachtens noch nicht juristisch abschließend geklärt. So habe seine Fraktion einen Prüfauftrag zur Rechtslage beim Ministerium für Schule und Weiterbildung für die ihnen bekannten Fälle eingereicht. Darüber hinaus bemerkte der Abg. Otter, dass es als Parlamentarier seine Aufgabe sei, kritische Fragen zu stellen. Dann könne man auch vernünftige Antworten erwarten.

Der Abg. Otter sagte, dass die vom Dezernenten Wagner angesprochenen Schulmaßnahmen als „Webinare“ liefen, die zur Erfüllung der Schulpflicht nicht zugelassen seien. Hinzu käme, dass einige Kinder wegen der Verletzung der Schulpflicht aus den Familien genommen werden, jedoch nicht durch das Kreisjugendamt mit einem Schulplatz versorgt würden.

Auf Nachfrage des Landrates, welche Zielrichtung der Antrag beinhalte, damit eine Abstimmung erfolgen könne, sagte der Abg. Otter, dass eine Klärung hinsichtlich der Rechtslage erreicht werden solle. Man werde in weiteren Verlauf darum bitten, dass der Antrag in den Ausschuss für Schule und Bildungs koordinierung sowie in den Jugendhilfeausschuss verwiesen werde.

Hinsichtlich der Zielsetzung des Antrages sagte der Abg. Kemper, dass man zu dieser Problematik Akteneinsicht nehmen wolle, die bisher nicht bewilligt worden sei.

Des Weiteren bestehe die Aussage, dass bei einem längeren Auslandsaufenthalt keine Schulpflicht bestehe. Andererseits gebe es die Mitteilung, dass man zu Beginn einer Auslandsmaßnahme nicht die Dauer des Auslandsaufenthaltes beziffern könne. Sollte die Verwaltung hiernach gehandelt haben, sei man der Schulpflicht nicht nachgekommen. Das teile die Verwaltung auch an anderer Stelle mit, indem die Schulpflicht durch die Teilnahme an Web-Schulen erfüllt werde. Diese seien jedoch laut Information auf ihrer Internetseite zur Erfüllung der Schulpflicht nicht geeignet. Diese Fragen wolle seine Fraktion durch Akteneinsicht geklärt wissen.

Der Landrat verwies auf die Hauptsatzung für den Rhein-Sieg-Kreis, wonach der Landrat Akteneinsicht nach § 26 Abs.2 und Abs.4 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in den Räumen der Kreisverwaltung ermögliche. Demnach sei dieser Antrag zur Sitzung des Kreistages nicht notwendig gewesen. Vielmehr hätte ein entsprechender Antrag an den Landrat gerichtet ausgereicht.

Der Abg. Dr. Bieber wies darauf hin, dass erst mit der heutigen Tischvorlage Akteneinsicht beantragt worden sei, wonach der Antrag vom 14.06.2016 diese Zielrichtung nicht verfolgt haben könne. Dieser Antrag sei bereits in der Sitzung des Kreisausschusses beraten worden. Zudem sei er der Ansicht, dass es den Antragstellern nicht um die Sache gehe, sondern eine persönliche Betroffenheit vorliege, die nicht in eine Debatte des Kreistages gehöre und allenfalls in den Fachausschüssen besprochen werden könnte. Ein Fehlverhalten der Verwaltung zu suggerieren und darüber hinaus zu skandalisieren mit einer späteren mündlichen Begründung sei schlechter Stil und Umgang, den man im Kreistag nicht haben wolle.

Der Abg. Steiner sagte, dass der Titel des Antrages keine kritische Hinterfragung über die Arbeit der Verwaltung sondern eine falsche Feststellung sei und verwies auf das Antrags- und Fragerecht als Fraktion, sodass ein entsprechend formulierter Antrag als Tagesordnungspunkt „Schulpflicht bei Auslandsmaßnahmen“ im zuständigen Fachausschuss beraten werden könne. Hinsichtlich der gegenwärtigen Antragsformulierung wisse man nicht, über welches Begehren abgestimmt werden solle.

Der Abg. Tandler gab zu verstehen, dass man die fehlenden Informationen durch ein Telefonat mit der Verwaltung bzw. mit dem Dezernenten hätte erhalten können. Was jedoch der Abg. Otter in der Sitzung des Kreisausschusses und in der heutigen Kreistagssitzung durchführe sei eine Show, die einem in diese Angelegenheit nicht weiterbringe und zudem nicht angemessen sei.

Der Abg. Otter sagte dazu, dass er in dieser Sache mit dem Dezernenten Wagner telefoniert sowie an Gesprächsterminen mit dem Landrat und dem Ltd. KVD Carl teilgenommen habe. Jedoch sei man an dieser Stelle keinen Schritt weiter gekommen.

Die Abg. Streng teilte mit, dass man seit September 2015 versuche Informationen zu dieser Thematik zu erhalten, die bisher nicht zufriedenstellend seien. Deswegen sehe sie den Antrag nicht als „Showantrag“ an. Es sei richtig, dass in dem besagten Antrag redaktionelle Fehler vorhanden seien, die man gerne einräume. Aufgrund der fachlichen Kompetenz in den Fachausschüssen schlug die Abg. Streng sodann vor, den Antrag zu weiteren Beratung in eine gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung und des Jugendhilfeausschusses zu verweisen.

Auf Bitte des Landrates um Formulierung eines abstimmungsfähigen Antrages sagte der Abg. Otter, dass seine Fraktion einen Verweis des Tagesordnungspunktes in den Ausschuss für Schule und Bildungskordinierung und den Jugendhilfeausschuss in eine gemeinsame Sitzung beantrage.

Der Landrat wies auf den sondergesetzlichen Status des Jugendhilfeausschusses hin und sagte, dass eine gemeinsame Sitzung nicht möglich sei. Sodann sagte der Abg. Otter, dass ein Verweis des Antrages getrennt in den Ausschuss für Schule und Bildungskordinierung und den Jugendhilfeausschuss beantragt werde.

Auf Nachfrage des Abg. Otter, ob seine Fraktion das Recht auf Akteneinsicht erhalte, was seiner Fraktion nunmehr ausreiche, sagte der Landrat, dass eine Akteneinsicht aufgrund der Kreisordnung und der Hauptsatzung zustehe und stellte fest, dass der Antrag damit erledigt sei.